chischer Inseln ist in den letzten Wochen gegen den Protst der um diese Gebiete konkurrierenden griechischen Regierung angelaufen und erneut wurde ein Militäroffensive gegen Kurdistan entfacht.

Leider endet die Liste der Beispiele bei weitem nicht hier, betrachten wir die Welt insgesamt, kann man getrost sagen, dass ein dauerhafter Frieden global eher die Ausnahme als die Regel darstellt.

Deutschland ist keine Friedensmacht

Deutschland stellt sich in den vielen militärischen Auseinandersetzungen gern als „Vermittler“ dar. Doch gleichzeitig rüstet Deutschland so stark auf wie schon lange nicht mehr. Rund 50 Milliarden Euro sollen in diesem Jahr für Kriegsgerät ausgegeben werden. Im Jahr 2014 lag dieser Betrag noch bei etwa 35 Milliarden Euro. Bis 2024 will die Bundesregierung etwa 75 Milliarden Euro für Waffen und Militär ausgeben. 2019 ist das Rüstungsbudget Deutschlands stärker gewachsen als das jedes anderen Landes auf der Welt.

Damit soll die Bundeswehr gestärkt werden, die weiterhin weltweit im Einsatz ist. Über 1000 Soldaten sind in Afghanistan aktiv. Bei einer Umfrage erklärten rund die Hälfte der Rückkehrenden deutschen Soldaten den Einsatz als gänzlich oder teilweise sinnlos. Umgekehrt sind bis heute hunderttausende Zivilisten in dem Konflikt gestorben.

Ähnliches gilt für den Irak. Hier erklärte das Parlament Anfang des Jahres alle ausländischen Truppen sollten endlich abziehen, darunter auch die etwa 400 Bundeswehrsoldaten. Bis heute ist die deutsche Regierung dem nicht nachgekommen, da sie die Regierung nicht offiziell aufgefordert habe. Faktisch agiert sie damit als Besatzungsarmee.

Wem nutzen diese Kriege?

Wir befinden uns in der stärksten Wirtschaftskrise seit Beginn der Aufzeichnungen, die Menschen in Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und finanziellen Ruin treibt. Statt staatliche Mittel für in Not geratene Studierende, ArbeiterInnen und Selbstständige zu nutzen, mobilisiert die Bundesregierung Milliarden in Form von Subventionen für Unternehmen und eben für die militärische Aufrüstung. In den Interessenskonflikten der Großmächte wurden noch nie die Interessen der ArbeiterInnen vertreten - in ihren Kriegen erst Recht nicht. Viel mehr streiten sich die Kapitalisten und Regierende um die Aufteilung der Macht und der Märkte auf der Welt. Ihr Blut sollen allerdings die ArbeiterInnen und andere unterdrückte Teile der Gesellschaft dafür vergießen.

PERSPEKTIVE» ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

www.perspektive-online.net

fb.com/PerspektiveOn
t.me/perspektiveon
instagr.am/perspektiveonline

V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Kalk-Mülheimer-Str 124
51103 Köln

PERSPEKTIVE» MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf das Handy:

1. Für die Nummer *0151 75803785* einen Kontakt anlegen.

2. Nachricht per Whatsapp oder Telegram mit „Start“ schicken.

3. Nach einer Bestätigungsnachricht werden alle Artikel direkt auf‘s Handy geschickt.

Zum Austragen eine Nachricht mit „Stop“ schicken.

MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unsere Projekte umzusetzen und dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- Verteilen Sie selbst die Printausgabe von „Perspektive“ *perspektive-online.net/abo/*
- Schicken Sie uns Ihre eigenen Nachrichten, Berichte, Artikel und Kommentare. *info@perspektive-online.net*
- Werden Sie Mitglied im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“ *perspektive-online.net/verein/*
- Unterstützen Sie uns mit einer Spende. *perspektive-online.net/spenden/*

Foto 1: Proteste vor Galeria Kaufhof; von facebook.com/SoliNetzBerlin
Foto 2: Proteste am 18.7. in Köln; von facebook.com/SoliNetzKoeln
Foto 3:“German Army Leopard II“ (Public Domain, https://creativecommons.org/publicdomain/mark/1.0/) by U.S. Army Europe

PERSPEKTIVE»

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Perspektive Nr. 42 | September 2020 www.perspektive-online.net

Krise heißt: Angriffe auf unsere Arbeits- und Lebensbedingungen!

– von Lowis Brenner –

Die Wirtschaftskrise ist bereits im Gange. Mit Angriffen auf die Errungenschaften der ArbeiterInnenklasse ist fest zu rechnen und teilweise sind diese schon erfolgt - also wird auch entschiedener Widerstand unsererseits notwendig. Worauf müssen wir uns vorbereiten? Was geschieht bereits und wie wird damit umgegangen?

Auch diese Wirtschaftskrise wird wieder dazu führen, dass Kapital weiter zentralisiert wird und die Widersprüche zwischen Arm und Reich sich weiter verschärfen.

Sie wird nicht mit den Lockerungen und den Wiederöffnungen der Geschäfte enden, weil das Corona-Virus zwar ein Verstärker, aber nicht der Auslöser der Krise ist. Diese hatte sich bereits 2019 angedeutet – beispielsweise im Rückgang von Exporten im Bereich Metall-Elektro oder in der sich anbahnenden Pleite von Galeria Karstadt Kaufhof. Aber auch in der Auto-Industrie war bereits 2019 ein deutlicher Einbruch zu verzeichnen.

Massenentlassungen finden bereits statt

Bisher am stärksten von der Krise betroffen ist natürlich das Gastgewerbe. Die Arbeitsagentur berichtet von einem Rückgang von 44% der Stellenangebote in diesem Bereich. Viele Menschen wurden durch die direkten Folgen des Shutdowns arbeitslos. Auch die starken Rückgänge in der Luftfahrt sind auf das Virus zurückzuführen. So hat die Luft-

hansa, welche bereits 9 Mrd. € an staatlichen Finanzhilfen kassierte, bereits 8300 MitarbeiterInnen entlassen und spricht mittlerweile von 22.000 „überflüssigen“ Vollzeitstellen und einer „Zäsur des globalen Luftverkehrs“.

Allerdings bleibt es nicht dabei und auch die Autoindustrie fährt ihre Kapazitäten herunter. BMW hat zuletzt 6000 Stellen gestrichen, Daimler bereits im vergangenen Jahr 15000 Stellen abgebaut und die Wochenarbeitszeit um zwei Stunden verringert. Auch Audi begann schon 2019 mit dem Abbau von 9500 Stellen. Bosch als größter Zulieferer der Branche strich zuletzt 2000 Stellen. Zudem sind bereits zehntausende LeiharbeiterInnen entlassen worden.

Das spiegelt sich auch in den Arbeitslosenzahlen wider. Diese befinden sich offiziell zur Zeit bei 2.853.000 – haben sich also seit dem Vorjahr um 637.000 erhöht. Hinzu kommen mindestens eine Million Menschen in oftmals vollkommen sinnlosen Maßnahmen.

Auch das wird sich in Zukunft stark verschärfen. WirtschaftsexpertInnen erwarten eine gigantische Pleitewelle im Herbst, die dazu führen wird, dass ganzen Belegschaften gekündigt wird.

Weitere Angriffe stehen an

Aber nicht nur die Arbeitslosigkeit wird uns in nächster Zeit beschäftigen. Überlegungen, bereits jetzt den Zwölfstundentag in Deutschland wieder einzuführen, wie das in sogenannten“systemrelevanten Berufen“ schon geschehen ist, gibt es schon jetzt. So diskutiert die CDU die Einführung der 48-Stunden-Woche.

Auch die Deutsche Bahn hat 10.000 Stellen gestrichen, um 2,25 Mrd. € beim Personal zu sparen und schließt parallel eine Erhöhung der Arbeitszeiten nicht aus.

Lohnverzicht als Erpressungsmethode wird angekündigt - im letzten Tarifvertrag in der Metallindustrie wurde bereits eine Nullrunde vereinbart. Das heißt, dass nur die Inflation ausgeglichen wurde. Auch die Absenkung des Mindestlohns wird von der CDU diskutiert.

Jugendliche und Auszubildende sind und werden in Zukunft ebenfalls stark betroffen sein. Oft steht die sicher geglaubte Übernahme nach der Ausbildung in Frage. So geben nur noch 50% der Betriebe in Hessen an, alle Lehrlinge nach ihrer Ausbildungszeit zu übernehmen und 33% planen, ab Herbst weniger Ausbildungsplätze anzubieten.

#Nichtauf unseremRücken

Während die genanten Angriffe auf uns vorbereitet werden oder schon laufen, erhalten die Unternehmen oftmals riesige Subventionen vom Staat. Es ist mehr als deutlich, wer nach dem Willen der Regierung diese Krise bezahlen soll.

Es gilt also, jetzt, in den Anfängen der Krise, eine starke Bewegung aufzubauen, die den Angriffen eine kämpferische Antwort entgegenzusetzen hat. Solidarität untereinander ist jetzt genau so wichtig wie die Organisation innerhalb der Betriebe.

Einen wichtigen Aufschlag hat bereits die Kampagne #NichtaufunseremRücken gemacht. Mehr Informationen zu den verschiedenen Aktivitäten, die die daran beteiligten Organisationen in verschiedensten Teilen Deutschlans organisieren sind zu finden unter nichtaufunseremruecken.org. Das Solidaritätsnetzwerk ruft ebenfalls immer am ersten Samstag des Monats zu Protesten gegen die Abwälzung der Krisenfolgen auf unseren Rücken auf.

infos: soli-net.de/naur

Säbelrasseln Mitten in der Wirtschaftskrise

– von Lilo Grundig W–

Am 1. September, dem Antikriegstag, wird in Deutschland allen Opfern des Krieges gedacht und mahnend an sie erinnert. Jetzt, 75 Jahre nach Ende des zweiten Weltkriegs, hat sich die Kriegsgefahr in einigen Regionen der Welt erhöht und es droht eine Eskalation.

»Nie wieder Krieg – Nie wieder Faschismus!« – so lautet der Schwur von Buchenwald. Damals erklärten die KZ-Überlebenden den Aufbau „einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit“ zu ihrem Ziel.Davon ist die Welt aber heute weit entfernt.

Wachsende internationale Konflikte

Weltweit rüsten die Staaten auf und drohen einander mehr oder weniger unverhohlen militärisch. In vielen Regionen herrschen seit Jahren und Jahrzehnten ohne Unterbrechung bewaffnete Konflikte. Fast immer sind es Stellvertreterkriege im Interesse der größten internationalen Mächte.

Doch neben aktiven Kriegen wird weltweit aufgerüstet und gedroht. So wurden 2019 insgesammt 2000 Milliarden US-Dollar für Rüstung ausgegeben – so viel wie nie zuvor!

Das liegt auch daran, dass die Interessen der imperialistischen Weltmächte immer direkt aufeinanderprallen: Ein direkter Krieg zwischen ihnen droht auszubrechen.

Seit der Besetzung der Krim 2014 haben sich die internationalen Beziehungen zwischen Russland und Europa sowie den USA verschärft. Die USA reagierten mit einer neuen Sicherheitsstrategie und sprechen von einer erneut erstarkten „nuklearen Gefahr“. 2018 waren 300.000 russische Soldaten in Sibirien an einer Übung beteiligt. Die NATO führte ihrerseits Übungen mit 50.000 Soldaten in Norwegen durch. Die Militärmanöver und das Wettrüsten gehen auch mit einem Abbau von Rüstungskontrollmechanismen einher. So ist die USA im Februar 2019 aus dem INF-Abkommen - das das Verbot von landgestützten Mittelstreckenraketen festhielt – ausgetreten, mit dem Vorwurf Russland habe dagegen verstoßen.

Auf den Handelskrieg zwischen China und den USA folgt jetzt eine verstärkte Militärpräsenz im Südchinesischen Meer von beiden Staaten. Die USA haben zwei Flugzeugträger dorthin entsendet. Zeitgleich fanden in diesem Gebiet im Juni und Juli 2020 Militärübungen mit den jeweils neuesten Technologien statt. Das ist einzigartig und zeigt wie greifbar eine Eskalation ist.

Im östlichen Mittelmeerraum versucht der faschistische türkische Staat seinen politischen und wirtschaftlichen Einflussbereich zu vergrößern. Die Suche nach Gas und Öl in direkter Nähe grie-